

Thomas Feltes

Ansätze zur Prävention des Einbruchdiebstahls

10 Thesen zur Anhörung am 10. Oktober 2013 im Landtag NRW

1. In Deutschland im internationalen Vergleich mit 24 europäischen Ländern das Risiko, Opfer eines Einbruchdiebstahls zu werden, mit am niedrigsten. Der Einbruchdiebstahl ist noch stärker als andere Delikte abhängig von individuellen wie gesellschaftlichen sozialen Entwicklungen. Er stellt für potentielle Täter häufig die einzige Möglichkeit dar, ohne Gewaltanwendung und außerhalb der oftmals nicht erreichbaren gesellschaftlich akzeptierten Einnahmen aus legaler Tätigkeit an Geld zu kommen, um an der Gesellschaft teilzuhaben bzw. stoffgebundene (Drogen, Alkohol) und nicht-stoffgebundene (Spielsucht) Süchte und Abhängigkeiten zu finanzieren.
2. In Verbindung mit der niedrigen Aufklärungsquote ergibt sich ein gesellschaftliches Problem, das als polizeiliches wahrgenommen wird, dessen Ursachen aber in sozialen Rahmenbedingungen liegen. Daher müssen präventive Maßnahmen bei diesen Rahmenbedingungen ansetzen. Der empirisch nachgewiesene Zusammenhang zwischen sozialen Problemen und Kriminalitätsbelastung muss akzeptiert werden und entsprechende Programme müssen umgesetzt werden.
3. Spätestens seit den ersten Ansätzen zur „Kommunalen Kriminalprävention“ in Deutschland wissen wir, dass Kriminalität nur vor Ort und nur durch ein Zusammenwirken aller Ressorts und aller gesellschaftlichen Gruppen bekämpft werden kann. Dementsprechend müssen verschiedene Ministerien gemeinsam an Lösungsansätzen arbeiten, da dieser „Multi-Agency-Ansatz“ als besonders effektiv und effizient bei der Analyse von Kriminalität und der Entwicklung präventiver Maßnahmen gilt.
4. Besonders junge Menschen sind Täter von Einbruchdiebstahl. Vor allem sozial benachteiligte Jugendliche wollen sich durch Straftaten einerseits die für ihr Selbstbild notwendige Achtung in ihren Gleichaltrigen-Gruppen verschaffen und andererseits sich auch die finanziellen Mittel beschaffen, die sie für die Teilhabe an den modernen Errungenschaften unserer Gesellschaft oder für ihren Alkohol- oder Drogenkonsum benötigen. Es ist wissenschaftlich erwiesen ist, dass folgende Faktoren Eigentumsdelinquenz von Jugendlichen begünstigen bzw. hervorrufen: mangelnde Moral, Kontakt zu devianten und gewalttätigen Freunden, geringe elterliche Supervision, Konsum von legalen und illegalen Drogen. Daher müssen präventive Maßnahmen hier ansetzen.
5. Entsprechend sollte die Politik sehr genau überlegen, wo und wofür sie Geld ausgibt. Dort, wo Investitionen sozialer, persönlicher und schulisch/beruflichen Bildung Jugendlicher zugutekommen, ist dieses Geld optimal angelegt. Denn hier kann man – wie internationale Studien zeigen – am ehesten mittelfristig Geld sparen. Ein Euro, der hier eingesetzt wird, bringt mehrere Euro Rendite, indem zukünftige Straftaten verhindert werden. Unzureichende Bildung bewirkt direkt und indirekt (via Drogenmissbrauch, Schuldendruck) Kriminalität, und ein steigender Anteil von Schulabgängern ohne Hauptschulabschluss führt zu deutlichem Anstieg von (auch) Diebstahldelikten. Jüngste Studien stellen für Eigentumsdelikte hohe Korrelationen zwischen

„ohne Schulabschluss“, „Abbruch der Ausbildung“ fest. Daraus berechnen Wissenschaftler, dass in Deutschland bei einer Verringerung unzureichender Bildung um 50% der Diebstahl um 13,6% zurückgehen würde und so bundesweit in diesem Bereich jährlich 382 Millionen Euro an Steuergeldern eingespart werden könnten. Eine Verringerung unzureichender Bildung würde die durch Kriminalität entstandenen Kosten in Deutschland pro Jahr um 1,4 Mrd. Euro senken.

6. Präventive Ansätze im Sinne eines Quartiersmanagements entsprechen den aktuellen kriminologischen Erkenntnissen zu Zusammenhängen zwischen soziostrukturellen Merkmalen des Raumes und der Kriminalitäts- und Täterbelastung. Die Häufung ungünstiger Faktoren in diesen Bereichen produziert Kriminalität, Stadtviertel mit starker Armutskonzentration sind vermehrt (passiv) von Kriminalität betroffen und sie haben (aktiv) einen Verstärkungseffekt für schwere Delinquenz. Die Intensivierung der schulischen und außerschulischen Jugendsozialarbeit und Projekte für Schulabbrecher und Schulschwänzer sinnvoll, da es einen klaren Zusammenhang zwischen Bildungsbenachteiligung und Kriminalität gibt.

7. Seit vielen Jahren wissen wir, dass die Polizei alleine weder durch präventive, noch durch (bezahlbare und politisch vertretbare) repressive Maßnahmen (wie z.B. mehr Kontrollen) wahrnehmbare Veränderungen bewirken kann. Intensivere polizeiliche Kontrollen können (nur) dort sinnvoll sein, wo sie mit bürgernaher Polizeiarbeit, Kontakten und Gesprächen sowie Hilfsangeboten verbunden werden.

8. Die Prävention des Einbruchdiebstahls ist demnach keine Aufgabe von Polizei und Justiz alleine. Die Verhinderung von Einbrüchen ist nur durch eine konzertierte Aktion der Ressorts möglich, die für Polizei, Justiz, Soziales, Kinder, Jugend, Gesundheit, Umwelt sowie Bildung und Wissenschaft zuständig sind.

9. Bisher hat sich die Kriminalitätsbekämpfung fast ausschließlich an Straftätern orientiert. Empirische Studien haben aber gezeigt, dass sich ein Verschieben des Fokus von Tätern und hin zu Tatörtlichkeiten als produktiv erweist. Kriminalität ist an relativ wenigen Orten konzentriert und diese Gebiete sind relativ stabil über Jahre hinweg belastet. Man kann Kriminalität dadurch reduzieren, dass man diese Orte verändert. Dazu sollten verschiedene Disziplinen intensiv zusammenarbeiten, um sich mit den Grundlagen und Ursachen der räumlichen Verteilung von Kriminalität näher zu beschäftigen.

10. Dem Einbruchdiebstahl geht immer ein Bruch des sozialen Netzes voraus, in das die einbrechende Person eingebunden war. Die Entwicklung des Einbruchdiebstahls gibt daher Auskunft über den gesellschaftlichen Kontext und dessen Veränderung. Da nachweislich Suchtfaktoren die Begehung von Straftaten der Eigentumskriminalität fördern, ist die Betreuung der Drogenabhängigen zu intensivieren (Methadon- und Heroinprogramme), ebenso die Beratung auch im Bereich der „weichen“ Drogen, die zunehmend als Problem auch für Beschaffungskriminalität wahrgenommen werden.